

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Zeugungspreis: 2000 Mark für einen Monat ohne die Post; Erscheinungstage: Mittwoch und Sonnabend
 Gebühr für Zustellung: Es ist nur Postbezug zulässig; Das einzelne Exemplar kostet 200 Mark, Porto extra

51. Jahrgang

Leipzig, den 28. Juli 1923

Nummer 70

Beitragsleistung und Unterstützungsfälle

vom 29. Juli 1923 (31. Beitragswoche) an

Gemäß den Beschlüssen des Leipziger Verbandstages und unter Berücksichtigung der seit Anwendung dieser Beschlüsse gesammelten Erfahrungen hat der Verbandsvorstand bezüglich der Beitrags- und Unterstützungsfälle nachstehende Beschlüsse gefaßt:

Der Verbandsbeitrag beträgt vom 29. Juli 1923 an für Vollmitglieder

20 000 Mark,

für Gewerkschaftsmitglieder 15 000 Mark, für Invalidenkassenmitglieder (§ 6a der Satzungen) 5 000 Mark, für die

Lehrlingsabteilung 500 Mark.

Zu diesen Sätzen kommen für Voll- und Gewerkschaftsmitglieder noch die Gaur-, Bezirks- und Ortsbeiträge.

Aus verwaltungstechnischen Gründen werden diese Beiträge wie folgt verrechnet: Vollmitglieder 8 000 M. ordentlicher, 14 000 M. Extrabeitrag; Gewerkschaftsmitglieder 4 500 M. ordentlicher, 10 500 M. Extrabeitrag; Invalidenkassenmitglieder (§ 6a der Satzungen) 1 500 M. ordentlicher, 3 500 M. Extrabeitrag.

Das Eintrittsgeld beträgt für Neueintretende (§ 3 Abs. 1 der Satzungen) 10 000 Mark, für Wiedereintretende (§ 3 Absatz 2 der Satzungen) 20 000 Mark.

Die Unterstützungen betragen vom gleichen Tage an:

Reiseunterstützung: nach 13 bzw. 26 Beiträgen 10 000 M. pro Tag nach 75 Beiträgen . . . 15 000 M. pro Tag	nach 500 Beiträgen im Mindestfalle 330 000 M. bis zum Höchstfalle von . . . 900 000 M.
Ortsunterstützung: nach 52 Beiträgen . . . 10 000 M. pro Tag nach 150 Beiträgen . . . 12 500 M. pro Tag nach 500 Beiträgen . . . 15 000 M. pro Tag	Begräbnisgeld: nach 52 Beiträgen . . . 315 000 M. nach 100 Beiträgen . . . 630 000 M. nach 250 Beiträgen . . . 945 000 M. nach 500 Beiträgen . . . 1 275 000 M. nach 750 Beiträgen . . . 1 500 000 M. nach 1 000 Beiträgen . . . 1 725 000 M. nach 1 250 Beiträgen . . . 1 950 000 M. nach 1 500 Beiträgen . . . 2 175 000 M.
Gemeinschaftsunterstützung: nach 52 Beiträgen . . . 30 000 M. pro Tag nach 150 Beiträgen . . . 37 500 M. pro Tag nach 500 Beiträgen . . . 45 000 M. pro Tag	In der Bezugsbauer der einzelnen Unterstützungszweige hat sich nichts ge- ändert.
Krankenunterstützung: nach 26 Beiträgen . . . 8 000 M. pro Tag nach 250 Beiträgen . . . 12 000 M. pro Tag	Den aus dem Krankenhaus entlassenen Reisenden (§ 9 der Unterstützungsbestimm- ungen) werden für jede dort zugebrachte Woche (Krankschuldauer unter vier Tagen wird nicht gerechnet) 10 000 Mark gewährt, und zwar bis zur Gesamtdauer von sieben Wochen=70 000 Mark. Auf laufenden Krankens- unterstützung haben reisende Mitglieder, die sich in Krankenhäusern befinden, keinen Anspruch.
Invalidenunterstützung: in der niedrigsten Staffel. 7 000 M. pro Tag in der mittleren Staffel . . . 9 000 M. pro Tag in der höchsten Staffel . . . 11 000 M. pro Tag	
Widowsunterstützung: nach 52 Beiträgen eine der Beitragszahl ent- sprechende Beihilfe. nach 100 Beiträgen im Mindestfalle 150 000 M. nach 200 Beiträgen im Mindestfalle 210 000 M. nach 300 Beiträgen im Mindestfalle 270 000 M.	

Den Reisekassenvorwaltern wird vom 1. August 1923 an eine Remuneration von 500 Mark für die Abfertigung eines Reisenden gewährt.

Berlin, den 20. Juli 1923.

Der Verbandsvorstand

Richtlinien zur Werterhaltung der Löhne in der Privatindustrie

Die in letzter Zeit unter Mitwirkung der Spitzenverbände der Gewerkschaften und Angestellten sowie der Unternehmer im Reichsarbeitsministerium geführten Verhandlungen über die Frage der wertbeständigen Löhne und Gehälter in der Privatindustrie haben in allen grundlegenden Punkten zu einer Verständigung geführt. Die danach vom Reichsarbeitsminister ausgearbeiteten Richtlinien enthalten in der Hauptsache folgende Grundzüge:

1. Die Tarifverhandlungen bleiben nach wie vor Mittelpunkt der Lohnregelung.

2. Als Maßstab für die Anpassung der Grundlöhne an die Geldentwertung soll ein Lebenshaltungsindex dienen, der aus zuverlässigen Preisserhebungen in 28 Orten des Reiches errechnet und jeden Mittwoch veröffentlicht wird. Dabei wird empfohlen, nicht nur ausschließlich den Lebenshaltungsindex zugrunde zu legen, sondern auch bezüglich der örtlich Rekalibrieren, wenn sie nach ähnlichem Grundsatz wie die Reichsindexziffer amtlich errechnet worden sind. Es wird befürwortet, für diesen Zweck örtliche Tarifkommissionen der Beteiligten zu bilden. Die Goldmetzler (errechnet aus Dollarkurs, Goldankaufpreis usw.) wird abgelehnt und ebenso die ausschließliche Verwendung des Großhandelsindex. Dessen Anwendung wird aber dann empfohlen, wenn zwischen der Preisfeststellung und dem Zeitpunkt der Lohnauszahlung weitere Veränderungen der Kaufkraft des Index berücksichtigt werden müssen.

3. Die Wahl des Index (Reichsindex, örtlicher bzw. bezirklicher Index oder eigener Index wie in der Berliner Metallindustrie) soll der Gesamtvereinbarung unterstellt werden, wie auch die Spanne des Zeitraums, in der die Anpassung an die Geldentwertung zu erfolgen hat, erwünscht ist; ferner das die Anpassung in den verschiedenen Wirtschaftszweigen nicht am gleichen Tage erfolgt, um einer automatischen Preissteigerung entgegenzuwirken.

4. Die Auszahlung der Löhne nebst der Zuschläge soll in möglichst kurzen Perioden erfolgen. Bei den Beziehern von Monatsgehältern wird daher zu mindestens halbmonatlichen Teilzahlungen übergegangen werden müssen.

5. Die Vereinbarungen sind mit kürzeren Kündigungsfristen festzusetzen, um aus der Praxis sich ergebende notwendige Änderungen schnell vornehmen zu können.

6. Die vereinbarten Schlichtungsstellen oder die amtlichen Schlichtungsausschüsse werden verpflichtet, den Parteien Vertragshilfe zu leisten und, falls keine Einigung gelingt, einen Schiedsspruch im Sinne dieser Richtlinien vorzuschlagen.

7. Die Demobilisierungsbefehle können Schiedssprüche, die Vereinbarungen über die Erhaltung der Kaufkraft der Arbeitseinkommen enthalten, für verbindlich erklären.

8. Das Reichsarbeitsministerium wird Tarifverträge mit solchen Klauseln, deren gesetzliche Voraussetzungen vorliegen, für allgemein verbindlich erklären.

Vorstehende acht Punkte stellen nur einen Auszug der wichtigsten Punkte aus den gesamten Richtlinien dar, deren ganzer Wortlaut voraussichtlich erst in nächster Nummer des „Reichsarbeitsblattes“ veröffentlicht wird. Um Berwechslungen vorzubeugen, machen wir darauf aufmerksam, daß die in Nr. 68 unter „Rundschau“ veröffentlichten Richtlinien nicht vom Reichsarbeitsministerium, sondern vom Reichsfinanzministerium für die zukünftige Lohn- und Gehaltsregelung der Arbeiter und Beamten der Reichsbehörden aufgestellt wurden und Geltung haben sollen, während die vorstehend abgedruckten und vom Reichsarbeitsministerium aufgestellten für die Privatindustrie gelten und daher nötigenfalls auch dem Zentralamt für unser Gewerbe als Richtschnur dienen.

Weiteres Anschwellen des Druckpreisetarifs

Wirft man einen Blick auf die in den beiden letzten Nummern der „Zeitschrift“ veröffentlichte „Schlüsselzahl“ des Deutschen Buchdrucker-Bereichs bezüglich des Druckpreisetarifs, so kann man sich eines gewissen Gruselns nicht erwehren. Ist doch der Druckpreisetarif danach im Durchschnitt auf das rund 61 000 fache der Friedenspreise trotz einer neuen Berechnungsmethode durch eine auf den ersten Blick als mühsam erscheinende „Schlüsselzahl“ von nur 1850 gestiegen. Denn diese neue Schlüsselzahl führt nur durch einen zweiten Schlüssel, der etwa die Zahl 33 trägt, zu den Friedenspreisen zurück. In Wirklichkeit bedeutet also die letzte Erhöhung des Druckpreisetarifs eine Erhöhung der Friedenspreise um das 61 050 fache (33 x 1850).

Demgegenüber haben sich die Löhne in unserm Gewerbe unter Zusammenlegung der beiden Lohnwochen der gegenwärtigen Lohnarbeitsperiode nur um das 2 072 fache des Friedenslohnes erhöht, bleiben also mit nur 17,6 Proz. um 52,4 Proz. hinter der Steigerung des Druck-

preisetarifs zurück. Das ist sicher allerhand und berechtigt tatsächlich zu einem Grufeln vor einer solchen Preisentwicklung gegenüber der nicht einmal die Hälfte dieser Steigerung erreichenden Lohnsstellung im deutschen Buchdruckgewerbe.

Trotzdem leitete aber die „Zeitschrift“ in Nr. 59 ihren Bericht über den Verlauf und das Resultat der letzten Lohnverhandlungen unter der Überschrift „Weiteres Anschwellen der Löhne“ mit folgendem Satz ein:

Wirft man einen Blick auf die in der vorliegenden Nummer der „Zeitschrift“ veröffentlichten Lohn Tabellen, so kann man sich eines gewissen Grufelns nicht erwehren.

Gewiß sind auch wir von diesen hohen Ziffern der Lohn Tabellen nicht erfreut, zumal hinter ihrer Größe nur das ganze Elend der heutigen Sinn- und Loslosen privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung wie ein fürchterlicher Abgrund grüßt, dem wir um so schneller zugezogen werden, je größer die Spannung zwischen Lohn und Preis wird. Und daß diese Spannung immer größer wird, das lehrt uns Buchdrucker insbesondere die neue Erhöhung des Druckpreisetarifs um 78,5 Proz., die sogar die Erhöhung der Löhne noch um 8,5 Proz. übersteigt, obwohl der Lohnanteil an den gesamten Produktionskosten im Buchdruckgewerbe hoch gerechnet kaum ein Drittel ausmacht. Eine Erhöhung des gesamten Druckpreisetarifs um 78,5 Proz. bedeutet daher eine Steigerung aller übrigen Gesehungskosten um 104,6 Proz.; wobei noch zu beachten ist, daß selbst in Prinzipalstreifen der Anteil des Lohnes an den gesamten Produktionskosten mit weit weniger als einem Drittel veranschlagt wird und somit die Erhöhung der neben dem Lohn in Frage kommenden Gesehungskosten noch weit größer ist, als wir sie vorstehend mit aller Vorsicht berechnet haben. Wir stellen unter Berücksichtigung dieser einschränkenden Momente daher folgendes fest:

1. Vor dem Kriege stand Lohn und Preis auch im deutschen Buchdruckgewerbe unter Einrechnung aller persönlichen und sachlichen Gesehungskosten im Produktionsprozeß wie 1 zu 1.
2. Heute steht der durchschnittlichen 29072 fachen Steigerung des Lohnes eine durchschnittliche 61050 fache Steigerung des Druckpreisetarifs gegenüber.
3. Die Steigerung des Druckpreisetarifs übersteigt demnach die Steigerung des Lohnes um das 31978 fache oder um 52,4 Proz.
4. Im Verhältnis zur Friedenszeit haben somit die außer dem Lohnkonto in Frage kommenden Gesehungskosten nicht nur eine 61050 fache, sondern eine 93028 fache (61050 - 29072 = 31978 + 61050) Steigerung erfahren.

Da mit dieser Steigerung selbst der gegenwärtige Dollarkurs übertrumpft wird, während die Steigerung des Lohnes um volle zwei Drittel darunter bleibt, so wäre es nach unsrer Auffassung ein Gebot der sittlichen Pflicht, auf Prinzipalseite die Lamentationen über die gegenwärtige Höhe der Löhne einzustellen und ernstlich darüber nachzudenken, ob es nicht ehrlicher und gerechter wäre, die eigenen kaufmännischen Grundfälle in der Preisberechnung auch für die zukünftige Lohnberechnung gelten zu lassen. Das würde erfordern, daß der zeitliche Ausgangspunkt der heutigen Schlüsselzahl für den Druckpreisetarif, der April 1922, auch für den Lohn tarif im gleichen Verhältnis anerkannt wird. Auf dieser Basis ließe sich dann für die weitere Preis- und Lohnsstellung eine Wertbeständigkeit aufbauen, über deren Form man sich an Hand der Richtlinien des Reichsarbeitsministeriums innerhalb der Tarifkommission usw. zu verständigen hätte. Auch nach einer solchen Regelung bliebe der Preisetarif immer noch um mehr als die Hälfte über der Steigerung des Lohn tarifs; aber das wäre eine Erscheinung, die nach wie vor nur von Unternehmerseite zu verteidigen und zu verantworten wäre und voraus sichtlich im Rahmen der allgemeinen Preisbildung in nicht allzu fernem Zeit ihre volkswirtschaftlich unvermeidliche Korrektur finden dürfte.

Die Rückwirkung

Wie nicht anders zu erwarten, mußten auch diesmal wieder zur Rechtfertigung der Erhöhung des Druckpreisetarifs die Lohnerhöhungen fast ausschließlich herhalten. Die Erhöhungen der Material- und Papierpreise kommen immer meist so zum Ausdruck, als hätten sie nur einen geringen Anteil an dieser. Wie aber das Bild nach tatsächlichen Errechnungen aussieht, hat der „Korr.“ in dankenswerter Weise seinen Lesern in der Nr. vom 14. Juli und einigen früheren gezeigt. Wenn man dann aber hin und wieder einmal die Artikel vom andern Lager liest, so findet man wirklich schwer das richtige Wort zur Gegenüberung, denn sicher ist der Interessent am Buchdruckgewerbe noch nie so irreführlt worden, wie in den letzten Jahren, und sicher haben die alten Kämpen im Gewerbe so etwas noch nicht erlebt.

Nur ein Moment soll herausgegriffen werden: In dem Niedergang des Buchdruckgewerbes sollen fast ausschließlich die hohen Löhne der Gehilfen die Schuld tragen. Die Arbeitslosigkeit und die Kurzarbeit sollen durch sie hervorgerufen sein, sogar die Berufsabwanderung. Nach Ansicht von Sachverständigen macht aber der Lohnanteil nicht einmal ein Drittel der Gesehungskosten aus und man muß sich angesichts solcher Artikel fragen, wie kann man solche Behauptungen aufstellen, welche ein ganz falsches Bild geben und nur großen Schaden anzurichten können. Nein, das ist bewußte Stimmungsmache, um den Buchdruckerlohn recht niedrig zu halten. Aber es verfährt bei den Buchdruckern nicht mehr.

Wenn die „Zeitschrift“ sagt, daß die letzte Erhöhung der Druckprei-

eine weitere Verschlechterung des Gewerbes bringt, so hat sie zweifellos recht. Diese ist aber zum ganz kleinen Teil auf die Lohnerhöhung, sondern auf die schon öfter vom „Korr.“ beleuchtete Preispolitik im Buchdruckgewerbe zurückzuführen. Und deswegen berührt in der Gehilfenschaft eine gewisse Erregung. Nur gegen diese schreibt man, aber fast nichts gegen seine Material- und Papierlieferanten. Und so hat denn auch ein Teil der Gehilfenschaft freiwillig und zu einem gewissen Teil auch gezwungen die Berufsabwanderung vollzogen, und man muß sagen, daß sich die meisten in den Fabriken und auf den Kontoren eine gute Position geschaffen haben. Man konnte sogar erleben, daß Betriebe ganz gern Buchdrucker aufnahmen. Und mancher Buchdrucker wird noch seinen Beruf an den Nagel hängen oder hängen müssen, wenn nicht etwas unternommen wird, um das Gewerbe zu beleben, um den Buchdruckern eine Existenzmöglichkeit zu geben. Wie man aus Liebe zur Kunst nicht hungern kann, kann man auch nicht ewig Kurzarbeiter bleiben, trotz der anerkanntswerten Bemühungen mancher Prinzipale, Arbeit herbeizuschaffen.

Gerade die letzteren sind es, welche als alte Fachmänner die Berufsentscheidung richtig einschätzen. Ein Teil der Gehilfen hat schon seit Kriegsbeginn keine Druckerlei mehr gesehen und ist sicher wohl für den Beruf verloren wie diejenigen, welche am Kriegsende nicht mehr unterkommen konnten. Weiter wirkt das heutige Buchdruckerelend auf den Nachwuchs sehr hemmend, denn wo sollen die jungen Leute den Mut zum Lernen hernehmen, wenn sie kein Ziel vor sich sehen. Man läßt eben das psychologische Moment ganz außer Betracht und bedenkt nicht, daß die jahrelangen Entbehrungen die geistige und körperliche Kraft untergraben. Wer es nicht glaubt, der beobachte einmal stark, er wird oft überrascht sein, wie auch von der Meinung und Stimmung der Buchdruckerschaft, denn viele möchten das sinkende Schiff verlassen. Dazu gehören auch viele, welche als Setzungs- und Korrekturen-vollarbeiter verarbeitende Artikel verarbeiten müssen. Es ist ja auch heute allgemein bekannt unter der Arbeiterschaft Deutschlands, wie es in unserm Gewerbe aussieht. Auch dieses unterschätze man nicht, ein solches Vorurteil ist schwer auszurotten.

Wie nach jedem Niedergang ein Aufstieg kommt, so wird er auch einmal hier kommen. Und dann wird man wohl den Buchdrucker mühsam suchen müssen. Sind schon die noch im Gewerbe Tätigen infolge des Mangels an guten Aufträgen zurückgegangen, zurückgegangen auch durch die infolge der schlechten Lage im Gewerbe hervorgerufene Mut- und Interesselosigkeit, wie muß die Zeit erst dann gewirkt haben bei denjenigen, welche im Laufe der Jahre berufsfremd geworden sind? Und mancher tüchtige Buchdrucker wird einfach nicht mehr zurückkommen können, weil er eben nicht mehr auf der Höhe ist und befürchten muß, als erster bei schlechtem Geschäftsaufgang zu müssen, und vor allem, das dürfte noch mehr entscheidend sein, seine neue, ihm lieb gewordene und meist nicht solchen Schwankungen unterworfenen Beschäftigung zu verlassen.

Das sind keine erfreulichen Aussichten für das Gewerbe. Und wie könnte und würde es anders sein, wenn noch die alten, von der Pike auf gedienten Prinzipale da wären, wo man die gewerblichen Geschehnisse nicht wie heute vom „rechtswissenschaftlichen“ Tische, sondern nach tatsächlich sachmännischen Gesichtspunkten leitete. Und deshalb schreibe auch ich mich den Worten der Zeitschrift an: Es kommt aber bestimmt der Tag, wo man dieses kurzfristige Verhalten noch bereuen wird!

ag.

Der „billige“ Osten!

Nach den Behauptungen aller Unternehmer ist Ostpreußen das Land, in welchem für jeden Lohnempfänger Milch und Honig fließt, in welchem die gebotenen Tauben jedem Arbeiter — aber auch nur diesem — in den Mund fliegen. Deshalb sollte auch nach den Anträgen der Prinzipale in der Lohnkommission den Buchdruckergehilfen ein beträchtlicher Lohnabbau angemeldet werden, natürlich aus „Gerechtigkeitsgründen“. Da die ostpreußische Arbeiterschaft in ihrer allbekannten Lammesgebild höchst selten diesen stereotypen Behauptungen entgegentritt, ist diese Meinung sogar in den Kreisen der westdeutschen Arbeiterschaft leider weit verbreitet. Welche Enttäuschung erlebten aber diejenigen, die eine Reise nach Ostpreußen machten in der Hoffnung, ihre Urlaubszeit hier billig zu verbringen und noch dazu Vorräte günstig einzukaufen. Sie mußten alle enttäuscht gehen, daß die Preise für viele Produkte teurer als in der westdeutschen Heimat sind. Und dies hat seine natürlichen Ursachen. Als die Eisenbahn ihre Tarife der Geldentwertung lange nicht — wie es die Privatwirtschaft tagtäglich macht — voll, aber immerhin anpaßte, da konnte die billigerliche ostpreußische Presse im Interesse der Industrie, der Landwirtschaft und des Handels nicht laut genug nach einer Tarifermäßigung für Ostpreußen rufen, hierbei auf die Verteuerung durch die Fracht hinweisend. Damals hieß es, daß sämtliche Produktion — auch die ländliche — lahmgelegt und der Osten gegenüber dem Westen infolge der verteuerten Herstellung konkurrenzunfähig würde. In der Tat sind Kohlen, Düngemittel, Kolonial-, Textil- und Eisenwaren sowie Gas und elektrischer Strom wesentlich teurer als im Reich! Die ländlichen Produkte sind — obwohl wir in der sogenannten Überschußprovinz wohnen — auch nicht billiger, da diese von den Händlern aufzukaufen und nach dem Westen Deutschlands an kapitalträchtige Industrien verschickt werden. Jedesmal werden diese Lebensmittel mindestens den Vorkurspreisen angepasst, wozu dann noch der Kleinhandelszuschlag kommt.

Die Löbener Stadtverordneten besaßen sich am 19. Juli d. J. mit den hohen Lebensmittelpreisen und den Zuständen auf den Märkten dieser kleinen Stadt, und die „Löbener Zeitung“ brachte in ihrer Nr. 168 vom 20. Juli folgende Notiz:

Die letzte Interpellation hat die Handhabung der Polizeiaufsicht auf den Wochenmärkten zum Grunde. Im allgemeinen ist die Marktpolizei trotz besten Willens nicht in der Lage, Ordnung zu schaffen... Weiterhin wird die Bekanntmachung im Kreisblatt betreffs Preiswuchers nicht beachtet... Weitere Anfragen befaßen sich mit der reichlichen Erteilung von Großhandels-erlaubnissen für Molkereierzeugnisse, gegen die Preise erst erhoben wird. Der Interpellant wünscht zu wissen, ob die Molkereigenossenschaft im Besitze eines solchen Scheines ist. Auch wäre es wünschenswert, mit der Molkereigenossenschaft ein Abereinkommen betreffs Preisfestsetzung für Butter unter Zugrundelegung der Berliner Preise zu schaffen. In Verbindung damit wird auf die Mißstände, die durch Preisbildung der landwirtschaftlichen Kartelle entstehen, hingewiesen. Es ist ein Uebing, daß wir Fleisch und Molkereierzeugnisse nach Berliner Marktpreisen bezahlen müssen. Herr Bürgermeister Schmidt tritt diesen Einwürfen damit entgegen, daß er die Schuld dem Publikum selbst und der allgemeinen Notlage zuschiebt... Einen ähnlichen Grund zur Klage, wie über die Marktverhältnisse, gibt die Lage auf dem Fischmarkt. Es wird auf die starke Ausfuhr von Fischen gerade aus dem Kreise Löben über die Grenze nach Polen geklagt. Doch besteht dafür kein greifbarer Anhalt.

Hier wird also von authentischer Seite bestätigt, daß in dem Landstädtchen Löben die Fleisch- und Milchproduktpreise den Berliner Preisen angepasst sind und Preiswucher getrieben wird! Was von Löben gesagt, gilt auch von andern ostpreussischen Städten. Darum die Hände weg vom Lohnabbau! Die Buchdrucker des Ostens werden sich dieses nicht bieten und ihre zum nackten Leben unzureichende Entlohnung nicht noch weiter reduzieren lassen! Ostpreussische Arbeiter hätten das Recht, auf Grund der insularen Lage einen Leuterungsauflage zu verlangen.

„Lesen - denken und dann Kritik“

(Eine Erwiderung)

Ein Zeichen der Höherentwicklung der Arbeiterklasse ist der innerhalb derselben ehrlich geführte Kampf mit geistigen Waffen. Losgelöst von der Person wird nur die Sache ins Auge gefaßt; Mensch steht zu Mensch, ein Herz schlägt für das andre. Die Achtung der Person bleibt, wenn auch die Meinung und ehrliche Überzeugung über diese oder jene Sache eine verschiedene ist. Auch die nachfolgenden Ausführungen, die ich auf Grund des Artikels mit obiger Überschrift vom Kollegen Baier (Nürnberg) in Nr. 62 des „Korr.“ machen muß, sind so zu bewerten.

Ich habe einen Fehler gemacht, den ich hiermit eingesteh. In dem von mir verfaßten Artikel: „Gewerkschaftliche Gefechtsbereitschaft“ schrieb ich, daß sich Kollege B. in dieser Rechtsfrage „unter Anführung eines gleichen Falles entgegengesetzt äußere“. Das war mein Versehen. Kollege B. führte keinen gleichen und wirklichen Fall an, sondern nur als Beispiel erwähnte er: „... Bei jeder Veränderung der Arbeitszeit ist erneut diese Veränderung vorher anzufügen. Ausnahmen machen Fälle, wo es sich um eine ausnahmsweise und ganz kurze Unterbrechung der gegebenen Arbeitszeit handelt. Zum Beispiel: Wird verkürzt gearbeitet und solle einmal eine Woche voll gearbeitet werden, so ist eine nochmalige vorüberige Ansaue nicht notwendig!“

Hier, an diesem Punkt, setzt nun unsere gegenteilige Auffassung ein. Dieselbe beruht ausschließlich darin, unter gänzlich Vorlassung seines Beispiels und des von mir angeführten Gewerbegerichtsurteils, daß ich den Standpunkt einnehme, daß die Ansauefrist für jede Verkürzung der gegebenen Arbeitszeit Geltung hat. Den Satz, „... Ausnahmen machen Fälle“ usw., den Kollege B. vertritt, kann ich nicht unterschreiben. Ich kann es nicht tun aus der Überzeugung heraus, weil dann die Möglichkeit der Umgehung dieser Vorschriften gegeben ist. Das kommt ja auch in den Entscheidungsgründen des betreffenden Gewerbegerichtsurteils zum Ausdruck, wo es heißt: „... den Klägern ist auch insoweit recht zu geben, als die Möglichkeit der Umgehung der Vorschriften des § 12 der Verordnung vom 12. Februar 1920, wenn diese nicht jeweilig streng eingehalten werden, sehr wohl besteht.“ Meine Auffassung ist sehr gut vereinbar mit den gewerkschaftlichen Grundsätzen, die m. E. doch auch darin bestehen, für die Arbeitnehmer alle Möglichkeiten zu erschließen, die zu einer Verbesserung ihrer Lebenslage führen können.

Es ist weiter möglich, daß ein Rechtspruch, der rein nach formalen Gesichtspunkten gefällt ist, mit den rechtssoziologischen Grundsätzen übereinstimmen kann. Würden diese Zeilen nur von Kollegen gelesen, so könnte ich noch dafür die Begründung geben, warum ich so handeln muß. Doch hier verzurteilt mich die Beachtung der gewerkschaftlichen Taktik zum Schweigen. Nur das will ich noch anführen, daß nicht wenige Kollegen, die verkürzt arbeiten, durch ab und zu erfolgende ausnahmsweise Mehrstundendarbeit die Vollarbeit immer weiter hinausgeschoben haben. Der Unternehmer kann und wird

diesen Zustand zu verewigen suchen, aber wir müssen auf Grund unserer Existenzsicherung das Bestreben haben, diesen Schaulustzustand mit der Arbeitszeit zu unterbinden. Und darum müssen wir auch, aus rein klassenmäßiger Erkenntnis, daran festhalten, daß Abweichungen von den Vorschriften unterbleiben. Wir haben nicht danach zu fragen, was das Gericht für einen Standpunkt einnimmt, sondern maßgebend für unser Handeln ist in erster Linie die Erfüllung unserer Aufgaben als Arbeiterklasse. Bei dem, wie wir dieselben erfüllen, haben wir Spielraum genug, um das taktische Moment wirken zu lassen. Über die Einführung von Schichtwechsel bei stündiger Arbeitszeit äußerte ich auch meine Ansicht und schloß am Schlusse dazu: ob sie richtig ist, vermag ich von mir aus nicht zu beurteilen. In dieser Sache sind wesentliche Gegensätze zwischen mir und dem Kollegen B. nicht zu verzeichnen.

Im zweiten Absatz der Entgegnung des Kollegen B. sagt selbiger: „Bei all seiner Kritik... usw., die gewerkschaftliche Kampfbereitschaft in solchen Kleinlichen Fragen würde allerdings für die Arbeitnehmerschaft heralich wenig Bedeutung haben.“ Mir scheint notwendig, vorerst zu sagen, daß ich unter gewerkschaftlicher Kampfbereitschaft nicht verstehe, einen Streik zu inszenieren, um die Einhaltung der Ansauefrist bei jeder Verkürzung der Arbeitszeit durchzusetzen. Nein, das wäre gänzlich falsch. Das Bestreben, die Erfüllung der Aufgaben der Arbeiterklasse zu ermöglichen, bedingt gewerkschaftliche Kampfbereitschaft. Soviele aber kann man mir schon zutrauen, daß ich weiß, wann und warum der Kampf ausgenommen werden muß. Die Erfüllung unserer Aufgaben setzt sich fast ausschließlich aus „Reinigkeiten“ zusammen. Jede „Reinigkeit“ ist ein Stein zu dem großen Bau. Unser Kampfsiel ist der große Bau; die Steine dazu müssen wir uns je nach den Umständen mit großen oder kleinen Kampfmitteln herausholen. Das ist der Sinn, der meinen Worten „gewerkschaftliche Kampfbereitschaft“ innewohnt.

Chemnik.

Walter Matthes.

Das Buchgewerbe im Ausland

Österreich. Nachdem die Tarifverhandlungen infolge des geringen Entgegenkommens der graphischen Unternehmer unterbrochen wurden und nach Anrufung des Tarifamtes ebenfalls zu keiner Einigung führten, gelang es den Bemühungen Dr. Eberfers vom Einigungsamt, die beiden streitenden Parteien wieder an den Verhandlungstisch zu bringen. Inzwischen war bereits die tariflose Periode eingetreten. Das letzte Angebot der Arbeiterunterhändler beim Tarifamte wurde sowohl von Prinzipalsseite als auch von den Wiener Vertrauensleuten verworfen, die sich in erster Linie mit einer zweijährigen Tarifdauer unter den jetzigen Verhältnissen und noch dazu in Anbetracht des minimalen Zugeständnisses der Unternehmer nicht befreundeten konnten. Verschiedenenorts sind deshalb die Arbeiter in die passive Resistenz eingetreten, und in Graz konnten zeitweise die Tagessetzungen nur verspätet und in geringerem Umfang erscheinen. Da die Wiener Zeitungs-herausgeber gleich von allem Anfang an das Bestreben an den Tag legten, sich mit ihren Arbeitern in gütlicher Weise zu verständigen und auch bereit waren, eine Lohnerrhöhung von 10 Proz. zu gewähren, faßte die Vertrauensmännerversammlung auch den Beschluß, nunmehr drudereitweise vorzugehen und überall in Wien eine Lohnerrhöhung von 10 Proz. zu verlangen. Wo dies zugestanden wurde, sollte ruhig weitergearbeitet, im andern Falle alle gewerkschaftlichen Mittel angewendet werden. In Wien haben alle Zeitungs- und gemischten Betriebe, wo neben den Tagesblättern auch andre Arbeiten hergestellt werden, diese 10 Proz. (auch für die Arbeiter der Tagabteilung) zugestanden; in Graz bewilligten die Prinzipale 15 Proz., in Innsbruck 10 Proz., in Klagenfurt 7 Proz., während sich in Linz und Salzburg die Unternehmer weigerten, irgendeine Erhöhung des Lohnes zuzugestehen. Dadurch war bereits eine große Presse in das Unternehmerlager geschlagen worden, welche Tarifsamte sich auch in einem etwas größeren materiellen Entgegenkommen äußerte. Es kam ein provisorisches Abereinkommen zustande, wonach die gegenwärtig geltenden Mindestlöhne mit Wirksamkeit vom 16. Juli an um 8 Proz. und weiterhin die jeweils geltenden Mindestlöhne ab 1. Oktober 1923, 1. Januar und 1. Juli 1924 um je 2 Proz. erhöht werden. Bei den Hilfsarbeitern hat die sonst für den 1. Oktober 1923 vorgesehene zweiprozentige Erhöhung schon ab 20. August 1923 einzutreten. Der für den Monat Juli seitens der paritätischen Kommission errechnete negative Index von 5 Proz. bleibt bei der Lohnbemessung außer Betracht. In weiterer Folge hat sich der jeweilige festgesetzte Index allmonatlich, sei es im positiven oder negativen Sinne, voll auszuwirken. Es wird eine Neuregelung des Ortsklassensystems vorgenommen, wobei die Landeshauptstädte in die dritte Ortsklasse eingereiht, Graz jedoch mit Wien gleichgestellt werden soll. Überdies werden einzelne Ortsklassenverschiebungen im beiderseitigen Einvernehmen festzusetzen sein. Die Vertragsdauer wird auf zwei Jahre bemessen, so daß der neue Tarifvertrag mit 30. Juni 1925 endet. Beide Teile behalten sich vor, dieses Abereinkommen sofort in Wirksamkeit zu setzen, jedoch ihren Auftraggebern zur Urabstimmung vorzulegen. Sie werden hierbei für die Annahme und lokale Einhaltung der Vereinbarung nach Kräften eintreten und sich dabei gegenseitig unterstützen.

Die Urabstimmung unter der graphischen Arbeiterklasse findet nächste Woche statt. Obwohl dieses Abereinkommen in der kartellierten Vertrauensmännerversammlung einer scharfen Kritik unterzogen wurde

(in erster Linie von Kommunistischen Parteigängern), so ist doch zu hoffen, daß sich die Majorität für die Annahme entscheiden wird. Es ließe ja sonst nichts mehr übrig als der offene Kampf, der immer ein zweischneidiges Schwert bedeutet und letzten Endes vielleicht nicht einmal mehr dieses Übereinkommen aufrechterhalten ließe.

Ungarn. Der Monat Juni brachte eine ganz außerordentliche Teuerung, die in der Lloyd-Indextabelle in Ziffern ausgedrückt mit 53 1/2 Proz. ausgewiesen erschien. Diese anormale Teuerungswelle bewirkte, daß die Gehilfenvertreter mit den Prinzipalen früher als sonst in Verbindung traten und darauf beharrten, daß die diesmalige Lohnerhöhung nicht erst am Sonnabend nach dem 15. ins Leben treten kann. Die Prinzipalität beugte sich vor den schwerwiegenden Argumenten der Gehilfenvertreter und honorierte die diesbezügliche Gehilfenforderung insofern, daß die vereinbarte Lohnerhöhung schon am 14. Juni gezahlt wurde. Außerdem wurde am dem den Verhandlungen folgenden Sonnabend ein conto von je 4000 Kr. bewilligt. Die gewährte Lohnerhöhung beträgt 48,68 Proz. (9000 bis 10 000 Kr. die Woche), ein nicht zu unterschätzendes Ergebnis, wenn man bedenkt, daß die Lithographen und Stein drucker, die Konjunktur haben, darauf eingegangen sind, daß sie sich mit 80 Proz. der vom Lloyd ausgewiesenen Indexsiffer beanügen. (Hierzu sei jedoch bemerkt, daß diese Kategorie die Lohnerhöhung nicht auf das Minimum, sondern auf den Lohn erhält.)

Die **Minimallöhne** der Buchdruckerarbeiter gestalten sich nun wie folgt: In der Hauptstadt für Facharbeiter: das niedrigste Minimum 25 502 Kr., das höchste 30 780 Kr.; für Hilfsarbeiter: das niedrigste Minimum 16 528 Kr., das höchste 19 068 Kr.; für Arbeiterinnen: das niedrigste Minimum 15 279 Kr., das höchste 17 106 Kr.; in der Provinz für Facharbeiter: das niedrigste Minimum 23 020 Kr., das höchste 26 597 Kr.; für Arbeiterinnen: das niedrigste Minimum 10 144 Kr., das höchste 11 357 Kr.

Am Sonntag, dem 1. Juli, zogen die Budapester Buchdrucker in großer Anzahl nach dem Friedhofe, um der Grabdenkmalsenthüllung ihres einstigen Führers Ludw. Zala beizuwohnen. Der stattliche Grabstein, der in goldenen Lettern verkündet, daß diesen die organisierten Buchdruckerarbeiter aus Dankbarkeit und Verehrung ihrem Vorkämpfer gesetzt, zeugt davon, daß die Arbeiter ihrer Führer nicht vergessen. Zala war 16 Jahre hindurch Redakteur der „Typographia“ und stand als solcher an der Spitze der ungarländischen Buchdruckerorganisation, während welcher Zeit die Buchdruckergehilfen aus dem nationalistischen Lager in das sozialdemokratische übergingen. Der Präsident des Vereins der Buchdrucker und Schriftgießer Ungarns, dessen Beamter Zala bis zu seinem im Jahre 1919 erfolgten Ableben war, Nationalversammlungsgabeordneter Morik Rothenstein, würdigte in einer Denkrede die Verdienste des braven Kollegen und des hervorragenden Kämpfers für die Gesamtinteressen der Buchdrucker Ungarns.

In der zweiten Juliwoche hatten wir einen 24stündigen Streik der Zeitungsarbeiter als Antwort darauf, daß der Minister des Innern das Erscheinen des sozialdemokratischen Tagesblattes „Népszava“ für eine Woche verbot. Resultat: der Ministerpräsident trat in Verhandlungen mit der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion ein, nach deren Abschluß die „Népszava“ im Verein mit den übrigen Tagesblättern — auch die sogenannten christlichen Blätter waren gezwungen, 24 Stunden zu pausieren — schon am andern Tage wieder erscheinen konnte. Die Solidarität der Buchdrucker war eine vollständige und zeitigte einen schönen Erfolg, wofür sie von der gesamten Arbeiterschaft gefeiert wurden.

Korrespondenzen

Nachen. Infolge der Verhängung des Belagerungszustandes über Nachen muß die für den 28. Juli vorgesehene Veranstaltung aus Anlaß des 25jährigen Bezirksfasserjubiläums des Kollegen Emil Sanger auf unbestimmte Zeit verschoben werden.

Altenburg. Am 7. Juli beging unser Ortsverein sein 40jähriges Bestehen, in Verbindung damit die Ehrung seiner diesjährigen goldenen Jubilare, der Kollegen Albin Maria Wakulit (60jähriges Verbandsjubiläum am 1. März), Karl Braun, Morik Gimpel und Otto Kröber, in Gestalt einer Festversammlung, zu deren Gelingen der Altenburger Buchdruckersektorenverein, das Altenburger Mandolinenorchester und als Festredner Kollege Karl Helmholtz (Leipzig) ihr Bestes beitrugen. Vorkisender Reichardt gab einen kurzen Überblick der buchdruckerlichen Laufbahn der Jubilare, dankte allen denen, die in unermüdlicher Kleinarbeit es ermöglichten, daß der Ortsverein Altenburg in seinem jetzigen festen Gefüge dem Verbands nützen und ihn stützen kann und gedachte auch der großen Anzahl Kollegen, die in den 40 Jahren im Ortsverein gelebt und gewirkt hatten, aber die der Tod ihm entriß. Kollege Helmholtz schilderte in feiselnder, am Schluß mit starkem Beifall aufgenommenem Rede den Werdegang des Ortsvereins von seinem Anfang bis zum heutigen Tage; der Schwierigkeiten gedenkend, die sich oft aufdrängten und die überwunden werden mußten, dankbar anerkennend die Arbeit seiner drei Vorkisenden in 40 Jahren: der Kollegen Ferdinand Eichler, Emil Sturm und Karl Wislaug. Zum Schluß forderte er alle Kollegen auf, festzuhalten an dem als recht Erkannten und so Entwicklungsmöglichkeiten schaffen zu helfen zur Erreichung unseres Zieles: einer besseren Zukunft und einer glücklicheren Menschheit. Der Vor-

sitzende gab sodann die eingegangenen Glückwünsche bekannt, den Gratulanten (auch von hier aus) bestens dankend. Musikalische und gesangliche Darbietungen hielten die gutbesuchte Festversammlung, darunter auch eine Anzahl Kollegen vom Gesangsverein „Gutenberg“ Leipzig, bis gegen 1 Uhr im Festlokal Genossenschaftsheim „Goldner Flug“ zusammen. Am folgenden Sonntag, dem 8. Juli, schloß sich an Stelle des diesjährigen Johannistages ein Familienausflug in den Leinawald an. Von bestem Wetter begünstigt, bei den Klängen einer Musikkapelle, wartete bald ein kollegiales Treiben, die Teilnehmer fesselnd bis in die kühleren Abendstunden, wo man wieder heimwärts zog, sich gern erinnernd an einige heiter verlebte Stunden, einen Ruhepunkt im tollen Wirbel unzer heutiger schicksalsschwerer Zeit.

Bielefeld. (Maschinenseher.) Vor Eintritt in die Tagesordnung der Bezirksversammlung am 8. Juli, die in Herford stattfand und einen guten Besuch aufwies, wünschte Kollege Enste (Herford) der Tagung einen harmonischen Verlauf und lud die Kollegen am Schluß anlässlich der 25jährigen Jahrestage der Stadt Herford zu einer Besichtigung derselben ein. Dem am 12. Mai in Dortmund einem Gehirnschlage erlegenen Kollegen Erik Weber, der am Verbandsleben regen Anteil genommen und sich um die Maschinenseherpartei sehr verdient gemacht, widmete Vorkisender Bölenkamv einen warmen Nachruf. Kollege Herzlströter machte Mitteilung vom Fall Halle (Westf.) betreffend Herstellung der „Rubrzeitung“ während der letzten Bielefelder Bewegung und erklärte, daß die Haller Kollegen ihre unwürdige Handlungsweise eingesehen haben; damit ist die Angelegenheit erledigt. Bei Punkt „Beitragszahlung“ wurde beschlossen, 7 1/2 Proz. als Beitrag ab 1. Juli d. J. zu erheben, welcher sich wöchentlich automatisch nach dem Verbandsbeitrage rechnet. Dann streifte der Vorkisende unsere vorletzte Zulage, die wieder einmal so niedrig bemessen sei, daß die Kollegen gegenüber der Zugelocktheit der Unternehmer im Buchdruckerberufe ihre schärfste Mißbilligung aussprachen. — Nach Schluß der Versammlung fand dann der Rundgang durch die Stadt unter Führung der Herforder Kollegen statt, wofür ihnen an dieser Stelle nochmals der Dank ausgesprochen sei.

Chemnitz. Unsere letzte Versammlung war schlecht besucht, trotzdem daß Stellungnahme zum vorletzten Lohnabkommen und ein Vortrag des Gauvorsitzers Ortel auf der Tagesordnung stand. Vorkisender Bogt sing zunächst auf das Ergebnis der vorletzten Lohnverhandlung ein und betonte, daß dasselbe wohl für alle Kollegen eine große Enttäuschung bedeute. Es wird höchste Zeit, daß Schluß gemacht wird mit der Entlohnung auf Papiermarkgrundlage, die sich meistens um den bei Verhandlungen herausgeholtten Mehrbetrag entwertet habe, bevor wir ihn in die Hände bekommen, und dafür ernstlich der Kampf um den wertbeständigen Lohn aufgenommen werde. Kollege Lorenz verbreitete sich ebenfalls über die Absichten des ADGB. bezüglich des wertbeständigen Lohnes. Der Friedensreallohn müsse Schritt für Schritt erkämpft werden. Dieser Kampf dürfe aber nicht allein unsern Vertretern überlassen, sondern müsse durch Selbsthilfe vorwärts getrieben werden. Kollege Ortel wandte sich gegen die Art, alles, was von den Spitzenorganisationen unternommen werde, in Mißkredit zu bringen. Viele Gewerkschaften seien vor längerer Zeit noch gegen die gleitende Lohnskala gewesen. Auch in Russland ließe der Lohn trotz größter Bemühungen noch 40 Proz. unter dem Friedenslohn. Aus Ausführungen mehrerer anderer Kollegen ging hervor, daß die Unzufriedenheit über das vorletzte Ergebnis eine allgemeine war. Hierauf hielt Gauvorsitzer Ortel einen Vortrag über „Weltwirtschaftliche Probleme“. Der Vortragende führte aus: Die Blütezeit der Weltwirtschaft sei durch Krieg und Friedensschlüsse zerstört. Die moderne Technik brauche Ruhe, Sicherheit, eine gewisse Stabilität, um gedeihen zu können. Deutschland beste gegenüber 1914 nur ein Siebentel seiner Handelsstrome und steht an dreizehnter Stelle unter den Handelsstaaten — es sei der Sklave der seeherrschenden Mächte. Amerika beherrsche vollständig die Produktion des Petroleums — der Rohle der Zukunft. Letzteres werde mehr noch als die Elektrizität eine vollständige Umwälzung und Erhöhung der Technik bringen. Der deutsche Außenhandel liege immer noch darnieder. Gegenüber 1913 sei die Gesamteinfuhr auf ein Drittel, die Gesamtausfuhr auf 70 Proz. zurückgegangen. Redner kam noch auf den Außenhandel der Vereinigten Staaten und Japans, dem Textilland, zu sprechen; des weiteren auf die Gestaltung der Baluten und der damit zusammenhängenden Abwanderung des deutschen Kapitals in das Ausland. Ein Weg, um Deutschland aus den wirtschaftlichen Nöten befreien zu können, sei darin zu erblicken, wenn die Bahn nach dem Osten frei gemacht würde; nie würde uns der Versailler Vertrag Rettung bringen. Damit Deutschland wieder aufatmen könne, sei es aber auch nötig, daß bei zukünftigen Wahlen durch Abgabe des richtigen Stimmzettels schon eine gewisse Entscheidung herbeigeführt werde. Der Vortrag wurde beifällig aufgenommen. Es war nur zu bedauern, daß so wenige Kollegen Gelegenheit genommen hatten, diese interessanten Ausführungen zu hören, um die verschiedensten volkswirtschaftlichen Zusammenhänge kennen zu lernen, aus deren Unkenntnis heraus sich so manches erklärt, über das hier und da eben in Unkenntnis derselben nuklos debattiert wird. In der Aussprache kam Kollege Lorenz noch einmal auf das Petroleummonopol zu sprechen und sagte, die russische Regierung werde nie und nimmer Konzessionen an die Kapitalisten machen. (? Red.) Befestigung des Versailler Vertrages, Sehung der Produktion, Kampf der internationalen Arbeiterschaft seien die Momente, die zu einer Besserung unserer wirtschaftlichen Lage führten. Kollege Ortel erwiderte u. a., daß die internationale Arbeiterschaft den Einflüssen ihrer Länder unterliege.

Dresden. In unserer vorletzten Versammlung gab Kollege Freitag einen Rückblick über die verfrachtete Stützungaktion der Markwährung seitens der Reichsregierung sowie über die weitere Verschlechterung der Wirtschaftslage und über die Zusammenberufung unserer Lohnkommission. In der Aussprache konnte sich Kollege Freyer mit dem „Korr.“ nicht einverstanden erklären. Seiner Meinung nach wäre der richtige Weg der, daß ein Existenzminimum (nach Kalorien berechnet) festgesetzt würde. Eine diesbezügliche Entschließung wurde von den Anwesenden gegen fünf Stimmen abgelehnt. Die Versammlung nahm hierauf noch den Bericht des Gauverwalters Schroeder, Ergänzungen zum gedruckten Jahresbericht und den Bericht über den Ortsauschluß des A.O.B. entgegen. — Die am 5. Juli abgehaltene und leider nur schwach besuchte Versammlung befaßte sich mit der Frage des Arbeitsrechtes und der damit zusammenhängenden Arbeitergesetzgebung. Aus der Erkenntnis heraus, daß über diese wichtigen Fragen unter der Kollegenschaft nicht genug Aufklärung geschaffen werden kann, hatte der Vorstand den Regierungsrat Küttich zu einem Referat über „Das Arbeiterrecht in der Reichsverfassung“ gewonnen. Redner verstand es, das wichtige Thema in leichtverständlichen Ausführungen den Kollegen zu Gehör zu bringen und betonte zum Schluß, daß es Pflicht jedes Arbeiters sei, sich mit dieser schwierigen Materie eingehend zu beschäftigen, und zwar in seinem eigenen Interesse. In der Debatte sprachen die Kollegen Freyer, Freitag und Müller. Dann hielt Gauvorsitzer Freitag ein kurzes Referat über die letzten Lohnverhandlungen. Da bereits neue Verhandlungen im Gange sind, drückte er den Wunsch aus, daß dieselben einen für die Kollegenschaft befriedigenden Abschluß finden mögen, um der enorm einsetzenden Uberteuering aller Lebensmittel und anderer Gegenstände einigermaßen gerecht zu werden. Einstimmig beschloß die Versammlung, den Sonderbeitrag für den Ortsverein zur Unterstützung der arbeitslosen Kollegen von 300 auf 500 M. zu erhöhen. Unter „Verschiedenem“ forderte Kollege Baumeister die Kollegen auf, bei der Prinzipalität dahin vorstellig zu werden, daß die Leistungszulagen der Geldentwertung entsprechend erhöht werden. Es sei ein wahrer Hohn, wenn in der heutigen Zeit ein bis zehn Mark über Minimum bezahlt würden. Diese Anregung wurde von mehreren Kollegen unterstützt und darauf hingewiesen, daß ein bayerischer Prinzipal einen Artikel über die Unzulänglichkeit der Leistungszulagen veröffentlicht hat.

Frankfurt a. M. (Maschinenseker.) In der Versammlung am 8. Juli, die auch von Kollegen aus Darmstadt, Offenbach und Marburg und andern Orten besucht war, erstattete unser Zentral-Kommissionsvorsitzender Lehmpuhl ein ausgezeichnetes Referat. Er behandelte die brennenden Probleme unserer gegenwärtigen beruflichen Lage, gab einen Rückblick, in dem er besonders den Kampf der Maschinenseker bei der letzten Tarifberatung um die Wiedereinführung eines Prozenttages als Zuschlag hervorhob; und erinnerte dann an die nun bald wieder einsetzenden Auseinandersetzungen mit dem Unternehmertum für die Tarifierneuerung gegen Ende dieses Jahres. Bei Gegenüberstellung unserer Lebensverhältnisse mit denen der Kollegen in Dänemark, wo der Referent vor kurzem eine Vortragsreise auf Einladung der dortigen Spartenkollegen unternahm, zeigte sich so recht die ganze jämmerlichkeit unserer heutigen Lohnverhältnisse. Reicher Beifall zeigten Aufmerksamkeit und Zustimmung zu den interessantesten Ausführungen. Wenn in der sich anschließenden Diskussion auch kritisches für die Zentralkommission bzw. dessen Vorsitzenden hervortrat, so war es ihm nicht schwer, diese Kritik auf ihr richtiges Maß zurückzuführen, insbesondere da auch unser in der Versammlung anwesender Gehilfenvertreter, Kollege Neveks, dadurch zu einer temperamentvollen Richtungsstellung veranlaßt wurde. Die in dieser Versammlung vorgesehene Vorstandswahl konnte wegen der vorgerückten Zeit wieder nicht erfolgen, so daß der alte Vorstand weiter interimistisch im Amt bleiben muß.

Hamburg. (Maschinenseker.) In der Versammlung am 8. Juli wurde vom Vorsitzenden die erfreuliche Mitteilung gemacht, daß sich die Arbeitslage am Orte für die Linotypisten gebessert und Arbeitslose für dieses System nicht mehr vorhanden sind. Monoline-seker befinden sich noch drei auf dem Arbeitsnachweise, diesen wurde empfohlen, einen Systemwechsel vorzunehmen. Hierauf hielt Herr Rudolf Wiesener, eine bekannte Persönlichkeit der hiesigen Bodenreformer, einen sehr interessanten und lehrreichen Vortrag über „Siedlungsfragen und Bodenreform“. Redner verstand es ausgezeichnet, den Anwesenden durch sehr drastische und vadebe Beispiele aus dem täglichen Leben die Ziele und Bestrebungen der Bodenreformer vor Augen zu führen. Er schloß seine Ausführungen, indem er meinte, daß allein schon durch eine Reform der Steuergesetze auf diesem Gebiete ein gut Stück unseres heutigen Elends behoben werden könnte. In der Diskussion wurde die Anschauung zum Ausdruck gebracht, daß durch Sozialisierung von Grund und Boden wie der großen lebenswichtigen Betriebe dem Wucher- und Schieberum ein Ende gemacht werden könnte. Aus der Versammlung heraus wurde der Antrag gestellt, Anwesenheitslisten zu führen, damit am Jahresschlusse festgestellt werde, wer seiner Verpflichtung in puncto Versammlungsbesuch nachgekommen ist.

Leipzig. (Schriftsetzer.) In der außerordentlichen Generalversammlung am 27. Juni gab der Vorsitzende Zahn zunächst einen Bericht über die Reichskonferenz. In der anschließenden Diskussion wurde das Ergebnis der Konferenz im allgemeinen als befriedigend bezeichnet. Die Versammelten stellten sich hinter den Beschluß der Konferenz bezüglich Einhaltung des Achtstundentages. Da

in einzelnen Firmen der freie Sonnabendnachmittag vorgearbeitet wird, stimmte die Versammlung einem Antrage zu, der die Aufhebung dieser Arbeitsweise zeitlich befristet. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung machte der Vorsitzende einige Ausführungen über das letzte Lohnabkommen. Nachdem über dieses und auch über einige interne Angelegenheiten eine kurze Diskussion gepflogen wurde, erhöhte die Versammlung einstimmig die Mitgliedsbeiträge, wie sie auf Antrag des Vorstandes vorgesehen waren. Ferner nahm die Versammlung Kenntnis von dem durch familiäre Umstände erzwungenen Fernbleiben des Kollegen Schneider (Berlin) an der Reichskonferenz und drückte den Wunsch aus, daß derselbe, dem allseitigen Verlangen der Mehrheit der deutschen Kollegenschaft Rechnung tragend, auch für die Zukunft seine Kräfte für die Schriftsetzerbewegung zur Verfügung stellen möge.

Leipzig. (Schriftsetzer.) In der äußerst gut besuchten Versammlung am 21. Juni wurden eingangs die geschäftlichen Angelegenheiten erledigt und Stellung zur jetzigen Berufslage angenommen. Hierauf gab Kollege Heise einen eingehenden Bericht über die stattgehabte Reichskonferenz der Schriftsetzer, insbesondere über die für unsere Fachgruppe geführten Verhandlungen. Nach der Aussprache, die sich vornehmlich auf die Vorgänge in den Brudervereinigungen bezog, gab die Versammlung ihre Zustimmung zu den gefassten Konferenzbeschlüssen. Am Schlusse wurde auf Antrag aus der Mitgliedschaft der Spartenbeitrag ab 1. Juli auf 200 M. erhöht.

Ludwigsburg. Am 7. Juli hielt unser Ortsverein seine diesjährige Johannistfeier ab, verbunden mit dem 50jährigen Verbandsjubiläum unseres Kollegen Heinrich Dohler. Vorsitzender Schilling hielt die Begrüßungsansprache, wobei er seiner Freude über den sehr zahlreichen Besuch Ausdruck gab, derselbe gelte auch hauptsächlich unserm verdienten Jubilar; die Kollegen, besonders die jüngeren, sollten sich ein Beispiel daran nehmen und ihm nachstreben. Ein feiner Prolog vom Kollegen Koch schloß sich an. Dann nahm Kollege Kurz (Stuttgart) das Wort für den leider verhinderten Gauvorsitzer. In feiner Organisation sei das Gefühl der Zusammengehörigkeit so ausgeprägt wie bei den Buchdruckern, wenn wir auch in einer sehr schweren Zeit leben, so sollte doch jeder Kollege treu zum Verbande halten und dies durch rege Beteiligung am kollegialen Leben zum Ausdruck bringen. Redner überbrachte die Glückwünsche von Verbandsvorstand und Gauvorstand und überreichte dem Jubilar ein schönes Diplom als Anerkennung für seine Treue. Der Vorsitzende übergab im Namen des Ortsvereins ein schönes, praktisches Angebinde. Der Jubilar dankte für die Ehrungen und tauschte Erinnerungen aus. Musik und Gesang der „Harmonie“ wechselten mit humorvollen Vorträgen unsres Vereinspoeten in bunter Folge ab, und nur zu früh schlug die Stunde des Scheidens.

Mainz. (Bezirksversammlung am 1. Juli.) Unter „Geschäftlichen Mitteilungen“ wurden einige Klagen am Schiedsamt und Reichsschiedsamt zur Kenntnis gebracht. Hierauf warf Vorsitzender Weyrich einen kurzen Rückblick über die kürzliche örtliche Bewegung. Die Versammlung brachte zum Ausdruck, daß das Lohnabkommen vom 23. Juni nicht befriedigen könne, da zwischen den Buchdruckern und der andern hiesigen Arbeiterschaft im Stundenlohe eine Differenz von 3000 bis 4000 M. bestehe und dieses Mißverhältnis unbedingt durch eine Sonderzulage ausgeglichen werden müsse. Die Abrechnung vom ersten Quartal lag gedruckt vor und wurden Wortmeldungen nicht bezieht. Der Hauptzweck der Versammlung war, die Berichterstattung des Kollegen Weyrich über die Verhandlungen in Darmstadt in der Sonderzulagenfrage entgegenzunehmen. Dieselbe konnte nicht stattfinden und mußte vertagt werden, weil die Herren Regierungsvertreter durch Abwesenheit blänten. Gegen eine solche Behandlung der graphischen Arbeiterschaft im besetzten Teil des Kreises III durch die Reichsregierung muß ganz entschieden protestiert werden! Unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen ist es unsern Vertretern nur möglich, in das unbefestete Gebiet zu gelangen. Schon einmal wurde uns die Sonderzulage durch das Reichsarbeitsministerium aus der Hand geschlagen, und diesmal werden wir wieder von Seiten der Regierung im Stiche gelassen. Ist das nicht zum Verzweifeln? Hat man denn auch gar kein Verständnis für die Leiden und Qualen der Bevölkerung im besetzten Gebiet? Wenn die Arbeiterschaft durchhalten soll, dann muß hier schleunigst eine Änderung eintreten und praktische Arbeit geleistet werden. Mit leeren Sympathieklendungen ist nichts getan. Der Bezirksbeitrag wurde auf 1000 M. wöchentlich erhöht. Unter Punkt „Verschiedenes“ gab ein Delegierter im Anschlusse der Mainzer Ortskrankenkasse die Neuerungen im Krankentassenwesen bekannt. — Anschließend fand eine Generalversammlung der Krankengeldzuschüsse statt; es wurden Beiträge und Leistungen verüfflicht.

Osternied a. S. Am 10. Juni konnte unser Ortsverein auf sein 25jähriges Bestehen zurückblicken. Am 24. Juni wurde diese Feier in Verbindung mit dem Johannistfest und mit der Ehrung der Verbandsjubilare in einer der Zeit entsprechenden Weise würdig begangen. Am genannten Tage hatten sich die Kollegen von Halberstadt, Wernigerode, Burg und Osternied und geladene Gäste zu einer Morgenfeier zusammengesunden. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden wurde ein vom Kollegen Fr. Gille verfasster Prolog gesprochen. Sodann hielt unser Gauvorsitzer König (Halle a. d. S.) die Festrede, worin er die Bedeutung dieses Tages für die organisierte Gehilfenschaft des Buchdruckgewerbes würdigte. Mit kernigen Worten ermahnte er gerade die junge Generation, den immer schwerer werdenden Kampf ums Dasein gegenüber sich zu wappnen. Die gewerbliche Erleichterung sei das Wichtigste und dann erst möge man für den ge-

sunden Sport Zeit übrig haben. Eingeleitet wurde die Morgenfeier durch den „Festgesang an die Künstler“ vom Gesangverein „Niedertranz“. Der Nachmittag war den Kindern gewidmet, während der Abend bei Konzert, Theater und Ball die Kollegen und Gäste zusammenführte. Von den Gründern des Ortsvereins sind zur Zeit hier noch in Arbeit die Kollegen Paul Harten und Wilhelm Jappe, letzterer gehört dem Vorstand seit Gründung des Ortsvereins an. Die für diese Feier benötigten Druckfachen, wie Festschrift und Programm, wurden von der Firma A. W. Bidsfeldt kostenlos hergestellt. Wir können nicht umhin, an dieser Stelle unsern Dank dafür auszuszprechen.

Waldbheim-Sartha-Geringswalde-Koschitz-Kollik. Am diesjährigen Johannistag hielten die Kollegen dieser Orte ihre Bezirksversammlung in Geringswalde ab. Der Besuch war ein guter. Gausvorsitzer Hertel (Chemnitz) sprach über: „Der Organisationsfortschritt und seine Auswirkung“. Die Darlegungen des Kollegen Hertel fanden allseitiges Verständnis und verdienten Beifall. In der Aussprache fanden verschiedene Angelegenheiten Erörterung. Eine von einem jungen Kollegen eingebrachte Resolution fand zwar keine Unterstützung, zeigte jedoch, daß unser gewerblicher Nachwuchs erfreuliche Betätigungszeit. In seiner Entgegnung nahm Gausvorsitzer Hertel Gelegenheit, seiner Freude Ausdruck zu geben, daß von selten unserer Jugend den großen Zeitfragen reges Interesse entgegengebracht werde. Pflicht der älteren Kollegen sei es, die Jugend zu guten Gewerkschaftlern zu erziehen. Mit dem Appell, neben den buchdruckerischen Interessen diejenigen der Gesamtarbeiterschaft nicht zu vernachlässigen und sich solidarisch einzufügen in den großen Kampf zur Befreiung der Arbeit vom Joche des Kapitalismus, fand die gutverlaufene Versammlung ihr Ende.

Allgemeine Rundschau

Nachahmenswertes Beispiel. Anlässlich einer Familienfeier bei der Firma Julius Brandstätter (G. Reumann), Leipzig, erhielt das gesamte Personal einen halben freien Tag und einen vollen Wochenlohn extra ausbezahlt.

Zur Arbeitsmarktlage im Buchdruckergewerbe. Die Arbeitslosenstatistik unfres Verbandes über das zweite Quartal 1923 erstreckte sich auf 200 Fabrikstellen; 14 Fabrikstellen mit 3695 Mitgliedern sandten keine Berichte an die Hauptverwaltung ein. Bei einer Gesamtmitgliedszahl von 70 000 waren arbeitslos am Ort und auf der Reise 14 558 Mitglieder, am letzten Arbeitstage 4380. Die Gesamtzahl der Arbeitslosentage betrug 454 128, unterstützt wurden 13 021 Mitglieder an 372 650 Unterstützungstagen. Die Summe der gezahlten Unterstützungen am Ort und auf der Reise 321 442 044 M. 4500 bis 5000 Mitglieder waren in andern Berufen tätig. Die Dauer der Kurzarbeit verteilte sich auf die davon Betroffenen wie folgt:

Bis zu 8 Stunden	177 Betriebe	2558 Gehilfen
9 bis 16 Stunden	203 Betriebe	2581 Gehilfen
17 bis 24 Stunden	393 Betriebe	2920 Gehilfen
25 und mehr Stunden	41 Betriebe	241 Gehilfen
Insgesamt 814 Betriebe 8300 Gehilfen		

Zu diesen Ziffern ist allerdings zu bemerken, daß Angaben von fünf größeren Orten des besetzten Gebiets fehlen.

Erhöhte Druckpapierpreise. Nach Mitteilungen in der Tagespresse wird in den nächsten Tagen seitens des Reichswirtschaftsministeriums die Verordnung über Höchstpreise für Zeitungsdrukpapier eine Änderung erfahren. Für Rollenpapier ist ein Preis von 874 000 M., für Formatpapiere ein solcher von 874 250 M. festgesetzt. Diese Preise gelten jedoch nur für dasjenige Zeitungsdrukpapier, das für den Druck von deutschen politischen Zeitungen und Zeitschriften, der offiziellen Organe von Berufsvertretungen, Wochenzeitungen und von sonstigen Blättern bestimmt ist, die auf Grund des Gesetzes über die Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse Rückvergütungen auf Druckpapierpreise erhalten. Die Erhöhung der Höchstpreise wird begründet mit den inzwischen eingetretenen Kohlenpreis- und Lohnserhöhungen.

Die Not der Zeitungen. Folgende Rundgebung richtete die „Vereinigung großstädtischer Zeitungsverleger“ an das Publikum: „Die Teuerung schreitet unaufhaltsam fort, sie folgt dem Verfall der Mark in immer schnellerem Tempo. Alle Rohstoffe, alle Fertigfabrikate, alle Löhne und Gehälter müssen dem Zwange unentzinnbarer, wirtschaftlicher Gesetze folgen. In dem Bewußtsein, den Interessen der Gesamtheit unfres deutschen Volkes zu dienen, sind die Zeitungen bisher der allgemeinen Preisentwicklung nur in weitem Abstand gefolgt und mit ihren Preisen erheblich hinter der notwendigen Steigerung zurückgeblieben. Sie hofften auf eine günstigere Entwicklung der Dinge. Diese Hoffnung hat getrogen und die Verlage sehen sich jetzt genötigt, angesichts der rapid steigenden Papierpreise, der unablässig aufwärtsgehenden Kosten für Nachrichtendienst und Redaktion sowie der gewaltigen Mehraufwendungen für Löhne, Gehälter und Betrieb die Bezugspreise ihrer Blätter der Geldentwertung mehr als bisher anzupassen. Schwer ringen heute alle Zeitungen ohne Ausnahme um ihre Existenz, aber niemals war ihre Erhaltung aus politischen und wirtschaftlichen Gründen notwendiger als gerade jetzt. Wir zweifeln nicht, daß jeder Leser das einseht, und daß er es verstehen wird, wenn jetzt die Verlage vom Zeichen fordern, was sie haben müssen, wenn die Zeitungen nicht verkümmern oder ihre Unabhängigkeit gefährden wollen.“

Reichsbeiträge für das Leipziger Bucherwesen. Die Deutsche Zentralstelle für volkstümliches Bucherwesen in Leipzig hat vom Reichsministerium des Innern eine abermalige Beihilfe von 300 Millionen Mark erhalten. Mit dieser Unterstützung sind die finanziellen Schwierigkeiten des genannten Instituts bis auf weiteres behoben und sein Fortbestand gesichert.

Erhöhung der Schlüsselzahl im Buchhandel. Die Schlüsselzahl wurde vom Börsenverein auf 25 000 festgesetzt.

Lohnregelung für das Buchbindergewerbe. Am 22. Juli ist ein neues Lohnabkommen vereinbart worden. Danach betragen für die Zeit vom 19. bis 25. Juli die Spitzenstundenlöhne für die beiden höchsten Lohnklassen (Berlin und Leipzig usw.) 19 500 bzw. 18 720 M. Für die Zeit vom 26. Juli bis 1. August betragen die Spitzenstundenlöhne für die genannten beiden Ortsklassen 22 200 bzw. 21 310 M.

Neues Lohnabkommen im Lithographie- und Steindruckergewerbe. Die Lohnzulage beträgt für die Zeit vom 21. Juli bis 27. Juli im ersten Gehilfenjahre 252 392 M., für Gehilfen im Alter bis zu 21 Jahren 288 450 M., von 21 bis 24 Jahren 324 506 M., und über 24 Jahre 360 562 M. Vom 28. Juli ab erhöhen sich diese Zulagen um 84 131 bzw. 96 147 bzw. 108 168 bzw. 120 187 M. Dieses Abkommen hat Gültigkeit bis zum 3. August.

Wertbeständige Bezüge der Reichsbeamten und -arbeiter. In seiner Sitzung am 21. Juli verhandelte der Reichsausschuss über Teuerungszulagen und gab seine Zustimmung zu den mit den Spitzenorganisationen am 19. Juli vereinbarten Teuerungszulagen. Die Löhne und Gehälter in den Reichs- und Staatsbetrieben haben danach in Zukunft den Charakter der Wertbeständigkeit. In der Debatte wurde in der Ausschusssitzung von einem sozialdemokratischen Abgeordneten gefordert, daß auf der andern Seite auch dafür gesorgt werden müsse, daß die Einnahmen des Reiches wertbeständig gestaltet würden, insbesondere müsse — wie in Aussicht gestellt — die neue Vermögenssteuervorlage schleunigst im Kabinett und im Reichsrat verabschiedet werden, damit sie dem Reichstage sobald wie möglich vorgelegt werden könne. Wie dem „Vorwärts“ aus Gewerkschaftskreisen geschrieben wird, wurde am 19. Juli die Neuregelung der Löhne und Gehälter in den Reichs- und Staatsbetrieben erstmalig auf der Basis der von uns veröffentlichten Richtlinien für die wertbeständigen Löhne vorgenommen. Damit wurde der erste größere praktische Versuch gemacht, die Kaufkraft der Löhne und Gehälter zu stabilisieren, und es darf gesagt werden, dieser Versuch ist gelungen. Man darf hoffen, daß sich die Verhandlungen in Zukunft ungleich einfacher gestalten als bisher. Der Apparat wird kleiner, an Zeit und Kraft wird in erheblichem Maße gespart und, was das Wichtigste ist, das Personal ist vor einer weiteren Senkung des Reallohns geschützt. Ob und inwieweit eine Hebung des Reallohns damit verbunden werden kann, muß die Zukunft lehren. Diese Entwicklung wird noch von andern Faktoren beeinflusst. Großen Schwierigkeiten begegnete die Festsetzung der Ausgangsindexziffer, die dem derzeitigen Stand der Entlohnung entspricht, und die für den weiteren Ausbau von großer Bedeutung ist. Ein heilumtrittener Angelpunkt war vor allem die Festsetzung der nur auf dem Wege der Schätzung zu gewinnenden Indexziffer, vom Tage der Festsetzung derselben bis zum effektiven Lohntage. Die Ausgangsindexziffer wurde gefunden durch eine Kombination des Durchschnittsindex der zweiten Junihälfte mit der für die erste Junihälfte erfolgten Erhöhung der Bezüge, wobei die bisher stark gesunkene Kurve der Lebenshaltung nicht ganz außer acht gelassen werden durfte. Nicht so einfach sind die künftigen Indexziffern im voraus zu ermitteln, wenn auch die Kurve der letzten Tage Anhaltspunkte bietet. Der Reichsindex betrug am 4. Juli 16 180, am 11. Juli 21 511 und am 18. Juli 28 892. Nun entsteht die Frage: wie hoch sind voraussichtlich die Ziffern am Lohn- bzw. am ersten Verbrauchstage, und diese sind nur auf dem Wege der Schätzung zu gewinnen. Nur dann wird die Wertbeständigkeit einigermaßen erreicht, wenn die Kaufkraft bis zu dem Zeitpunkt gesichert wird, an dem der Arbeiter den Lohn in die Hände bekommt. Der Gewährsmann des „Vorwärts“ ist überzeugt, daß die bei den Verhandlungen am 19. Juli vorgenommenen Schätzungen weit hinter der Wirklichkeit zurückbleiben. Für den 20. Juli wurde der Index auf 33 921 und für den 27. Juli auf 41 459 geschätzt und dadurch die Lohnsätze ermittelt, die amtlich bekanntgegeben wurden. Die Möglichkeit einer Korrektur ist jedoch gegeben und kann für die öffentlichen Betriebe allwöchentlich erfolgen. Ein abschließendes Urteil über das neue Verfahren zu fällen, wäre verfrüht. Die Zukunft wird lehren, welche Mängel und Fehler ihm anhaften und was und wo gebessert werden muß. Für heute kann jedoch gesagt werden, daß ein bedeutender Schritt nach vorwärts getan wurde. Alle Kritik wird die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß die Gewerkschaften ein Stück praktischer und nützbringender Arbeit im Interesse aller Lohn- und Gehaltsempfänger geleistet haben.

Süßere Steuerabzüge für Werbungsstellen. Nach einer Verordnung des Reichsfinanzministers werden vom 1. August an die Abzüge von der Lohnsteuer für Werbungsstellen verdreifacht.

Die erhöhten Postgebühren. Die am 1. August in Kraft tretenden Postgebühren betragen für Postkarten im Ortsverkehr 200 M., im Fernverkehr 400 M.; für Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 400 M., über 20 bis 100 Gramm 600 M., über 100 bis 250 Gramm 1000 M., über 250 bis 500 Gramm 1200 M.; im Fernverkehr bis 20 Gramm 1000 M., über 20 bis 100 Gramm 1200 M., über 100 bis 250 Gramm 1500 M., über 250 bis 500 Gramm 1800 M. Druckfachen kosten bis 25 Gramm 200 M., über 25 bis 50 Gramm 400 M., über 50 bis 100 Gramm 600 M., über 100 bis 250 Gramm 1000 M., über 250 bis

500 Gramm 1200 M., über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 1600 M., über 1 Kilogramm bis 2 Kilogramm (nur für einzeln versandte, ungeteilte Druckbände) 1800 M.

Erhöhung der Kräfteonorare. Vom preussischen Wohlfahrtsminister wurde im Hinblick auf die weiter gestiegene Teuerung bestimmt, dass zu den Säben der preussischen Gebührenordnung für Kräfte und Zahnärzte vom 22. Juli d. J. an ein Teuerungsaufschlag von 21 000 Proz. tritt, so dass fortan das 22 000 fache der Friedenssätze zu zahlen ist.

Vor der Katastrophe. Unter dieser Überschrift berichtete der „Vorwärts“ über folgende, in einen Warnungsruf gekleidete Anfrage, die die Berliner sozialdemokratischen Stadtverordneten im Hinblick auf die bis zur Unerträglichkeit gesteigerte Not weiter Kreise der Bevölkerung an den Magistrat richteten: „Wir fragen den Magistrat, ob er bereit ist, mit äußerster Beschleunigung und denkbar größtem Nachdruck mit der Reichsregierung in Verbindung zu treten, um diese zu veranlassen, gegenüber der von Stunde zu Stunde sich verschärfenden Notlage der Berliner Bevölkerung die notwendigen Abwehrmaßnahmen zu ergreifen und die drohende Gefahr einer Katastrophe abzuwenden.“

Umschlagfreie Formulare. Unter der Bezeichnung „Gefüll-Post“ hat das Fachgeschäft Georg S. Löbner in Hildesheim umschlagfreie Formulare zum Patent- und Gebrauchsmusterrecht angemeldet. Der Verschluss ist verstellbar einfach und geschieht mittels Briefmarke, und zwar so, dass letztere beim Öffnen unbedingt verfehlt werden muß. Die „Gefüll-Post“ hat den Vorzug vor andern ähnlichen Erzeugnissen dadurch, daß diese ohne jegliche Spezialmaschinen in jeder Druckerzettel hergestellt werden kann. Bedenkt man die enorme Ersparnis an Umschlägen, Klebescheiben usw. oder die zeitraubende Produktion bei ähnlichen Formularen, dann kann man nur wünschen, daß das neueste Erzeugnis in Fach- und Verbraucherkreisen weitgehendsten Eingang findet.

Millionenscheine. Laut Mitteilung des Reichsbankdirektoriums vom 25. Juli wird in vier Tagen der 500 000-Mark-Schein in großen Massen in den Verkehr gelangen. Der Millionenschein wird in etwa acht Tagen herauskommen. Die Reichsbank hofft mit Hilfe dieser beiden Scheine die Zahlungsmittelknappheit der letzten Tage schnell zu beheben. Außerdem soll beabsichtigt sein, auch Fünf- und Zehn-millionenscheine in den Verkehr zu bringen.

Tausendmarktscheine aus Aluminium. Eine Vorlage über Ausprägung von 240 Milliarden Mark Tausendmarktscheinen aus Aluminium wurde vom Reichsrat angenommen.

Optimistische Beurteilung der weltwirtschaftlichen Aussichten. Der in London weilende Präsident der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft in Berlin legte einem Berichterstatter der „Weltminister Gazette“ auseinander, daß die gesteigerte Ausnützung der Wasserkraft in Frankreich, Deutschland und Italien, die auf Elektrifizierung der Eisenbahnen hindrange, sowie der Ausbau französischer Wasserstraßen, endlich die ungeheure Entwicklung Rußlands und die überseeischen Projekte eine neue Hochkonjunktur schaffen müßten, sobald nur die politische Lage die erforderliche Sicherheit gewähre.

Briefkasten

E. M. H. und D. M. in B.: Wird aufgenommen. — Th. S. in D.: Nachsendung war überflüssig, da das erste Exemplar nach der Besprechung harrt, und zwar neben noch viel älteren Einwendungen. Dieses Gebiet kann nur neubereit werden und dazu fehlt uns bisher die Zeit, da weit wichtigere Fragen in letzter Zeit zu erledigen waren und wohl auch in nächster Zeit maßgebend sein werden. Also Besprechung ist in Aussicht genommen, aber einen Termin könnten wir dafür nicht zusetzen, andererseits müßten wir überhaupt absehen. — E. M. in B.: Nichts eingegangen. — E. in M.: Mittlerweile wohl zur Kenntnis gekommen? — L. S. in B.: Haben Ihre Beschwerte dem hiesigen Zeitungspostamt übermitteln. — H. K. in D.: Glauben Sie der betreffenden Adresse folgende bei: Verwalter W. Ostermann, New York City, 16 North William Street. — E. in B.: Eine solche Abteilung besteht nicht mehr. — F. W. in Wien: 1. Wegen eines Exemplars des „Trucker“ müßten Sie sich an das Zentralkomitee des Österreichischen Buchdruckerverbandes

in Moskau wenden. 2. Der kleine Aufsatz erscheint gelegentlich in den „Typographischen Mitteilungen“. — G. H. in B.: 2200 M. — H. K. in C.: 1800 M.

Zur gest. Beachtung! Artikel einsendungen muß unbedingt eine Mitgliedschaftsbescheinigung beigelegt werden, wenn der Verfasser weiß, daß er der Redaktion nicht bekannt sein kann. — Versammlungsberichte sind innerhalb einer Woche einzuliefern. — Kurzfassung ist bei Artikeln wie auch bei Versammlungsberichten unabwiesbares Gebot. — Kürzungen in Infinitiven dürfen nicht so weit gehen, daß die Aussage dadurch unklar wird, sonst ist das Geld dafür umsonst auszugeben. Die Zeilenzahl ist bei kleinen Artikeln richtig anzugeben und der entsprechende Betrag gleich mitzuliefern. — Die jeweiligen Postsätze sind genau zu beachten, da ungenügend frankierte Sendungen nicht angenommen werden können.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissostr. 5 II. Fernruf: Amt Kurfürst Nr. 1101 Postfachkonto: Berlin Nr. 102387 (H. Schweinitz)

Große Stadtkarten einsenden!

Spätester Einlieferungstermin für Juli: 7. August. Sichttag für die Zahlung der Arbeitslohn: 28. Juli. Auf richtige Frankierung der Stadtkarten ist zu achten! Die Hauptverwaltung.

San Schleswig-Holstein. Der Gabeltrag beträgt ab 29. Juli 1900 M. pro Woche. San Schlesien. Der Gabeltrag beträgt ab 29. Juli (erstmalig zahlbar am 4. August) 2000 M. Gleichzeitig wird das Gabeltraggebid erhöht nach 12 bis 100 Beiträgen für Mitglieder auf 15000 M. (Frauen 7000 M.), 101—250 30000 M. (20000 M.), 501—750 50000 M. (35000 M.), 751—1000 60000 M. (45000 M.), 1001—1250 70000 M. (50000 M.), 1251—1500 80000 M. (55000 M.), 1501 und mehr 100000 M. (80000 M.). In Anrechnung kommen nur im Gau Schlesien geleistete Beiträge. Mitglieder, die den Gau Schlesien verlassen, können sich ihr Anrecht durch Zahlung eines Beitrags von 100 M. pro Woche erhalten. — Der „Korr.“ wird ab 1. August mit 3000 M. und der „Jungbuchdrucker“ mit 1000 M. von der Bankkassa vergütet.

Dem Geher Franz Brausewetter (Hauptbuchnummer 14064) ist unterm 24. Juli 1902 ein neues (drittes) Buch ausgestellt worden mit der Buchnummer Schließen 6350. Die beiden andern Bücher werden als unglücklich erklärt.

Bezirk Hildesburg. Der Augustbeitrag (zum ersten Male fällig am 4. August) beträgt 2000 M. San 1000, Bezirk 50, Hildesburg Ort 1950 M., zusammen 23000 M. Übersende. Der Bezirksbeitrag beträgt ab 29. Juli pro Woche 1000 M.

Magdeburg. (Maschinensetzervereinigung Gau für den Saale, Eich Magdeburg.) Gilt das dritte Vierteljahr beträgt der Beitrag pro Woche 600 M.

Mainz. Vor einem Schiedsrichter Jaroslawy, Maschinensetzer aus Wien, Nichtverbandsmitglied, wird hiermit gewarnt. Nachrichten über Verträge und Prozesse liegen vor aus Heidelberg, München, Frankfurt, Nürnberg, Niederösterreich. J. wird außerdem von der Staatsanwaltschaft in Klagenfurt wegen Betrugs verfolgt. Seine Ehefrau hat Anzeige erstattet wegen Wahn. In seiner Begleitung befindet sich eine Frauensperson namens Elise Krißman aus München. In Mainz gab er eine kurze Gastrede, verschwand aber, als die hiesige Bezirksverwaltung mit allem Nachdruck verlangte, seine Verträge zu untersuchen. Sollte J. irgendwo auftauchen, so wolle man ihn verhaften lassen und nachricht an Karl Weyrich, Mainz (Adresse: Wbl. Wolf, Weisenau bei Mainz, Rheinstr. 83) gelangen lassen. Vermutlich hält sich J. im niederösterreichischen Gebiet auf.

Adressenveränderung

Herrn L. G.H. Vorsitzender und Kassierer: Alfred Geibel, Fromenstraße 25, Marienwerder (Westpr.). Kassierer: August Bitt, Bergstraße 7a. Ausgabestelle der Reichsunternehmung 5/2—9 Uhr nachmittags. Vorstand: Willi Kramer, Höhe Straße 6. Bezirk Meier-Wie und Bezirksverein Bremerhaven. Vorsitzender: Ernst Busch, Oesterstraße, Karlsruferstraße 22 IV.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelegte Adresse): Im Gau Nordwest der Geher Ernst Haber, geb. in Wittenberge a. d. E. 1895, ausgel. in Oldenburg 1914; war schon Mitglied. — Franz Böhner in Bremen, Dorfstraße 26 I.

Versammlungskalender

Mae i. G. Versammlung Sonntag, den 29. Juli, vormittags 8 1/2 Uhr, im „Mollter-Schützen“. Berlin. Maschinensetzerversammlung Sonntag, den 5. August, vormittags 10 Uhr, im „Berliner Klubhaus“, Ohmstraße 2. — Versammlung der russischen Geher Sonntag, den 29. Juli, vormittags 10 Uhr, im „Berliner Klubhaus“, Ohmstraße 2. Wiesfeld. Bezirksversammlung Sonntag, den 5. August, nachmittags 2 Uhr, in der „Eisenhütte“, Marktstraße 8. Dresden. Rotationsdruckerversammlung Sonntagabend, den 28. Juli, abends 7 Uhr, in „Stadt Plauen“, Kleine Plauenische Straße 13. — Versammlung der Preussischen Bezirksvereine Donnerstag, den 2. August, abends 7 1/2 Uhr, im „Kaufhof“.

Zentralkommission der Maschinensetzer

Der Herr Kassierer zur Beachtung! Der Beitrag für Monat August beträgt 1600 M.; für September wird der Beitrag rechtzeitig bekanntgegeben.

Anzeigen

Anzeigengebühr: Die sechsgespaltene Zeile zu Mark für Vereins-, Arbeitsmarkt-, Fortbildungs- und Todesanzeigen, sonstige Anzeigen 300 Mark. Rabatt wird nicht gewährt.

Annahmeschluss Montag und Donnerstag mit erster Postbefellung für die jeweilig nächstfolgende Nummer. Kleinere Einzelanzeigen nur mittels Postbestellung.

Wir suchen sofort für unsere Rechenabteilung einen jungen Mann
Rechner oder Drucker
der stenographieren u. Schreibmaschine bedienen kann sowie Anfangskenntnis in einfachen Rechenabteilungen hat.
Mannheimer Vereinsdruckerei, Mannheim.

Monotypesetzer C
Monotypesetzer A
Typographischer
nur wirklich tüchtige Kräfte mit längerer Praxis, möglichst sofort gesucht.
Oscar Brandstätter, Leipzig.

21-jähriger, fleißiger
Alziden- und
Inseratensetzer
sucht Stellung, wo er sich an der Setzmaschine ausbilden kann. Angebote mit Verdien. unter Nr. 132 an die Geschäftsstelle d. V., Leipzig, Königstraße 7.

Jüngerer, tüchtiger Alziden- setzer wünscht sich
an der Setzmaschine
auszubilden
Angebote unter W. 169 an die Geschäftsstelle d. V., Leipzig, Königstraße 7, erbet.

Büsten + Monumente
Diplome zu Vereinstätigkeit.
Verbandsnadeln + Buchdruckerband Verh. d. Bld.-Verb. Leipzig, Salomonstraße 8 III.

Tüchtiger
Maschinensetzer
(Monotype) wird sofort gesucht.
Halberstädter Tageblatt, Halberstadt.

Für meine umfangreiche Setzmaschinenabteilung (wovon 12 Typographen) suche ich zu möglichst sofortigem Eintritt noch ein oder zwei
Typographen
in gutem Werkstoff erfahren.
J. C. Haag, Meile 1. Hann.

21-jähriger, fleißiger
Schiffsetzer
21 Jahre alt, ledig (Waise), sucht Stellung für Russisch und Deutsch. Egal wohnort. Beste Angebote erbeten an Reinhold Zimmermann, Bremen, Poststraße 61.

Wo kann junger, intelligenter Geher (ledig) als Monotypesetzer lernen? — Bekanntheit vorz. Geist. Offerten erbeten unter Nr. 173 an die Geschäftsstelle d. V., Leipzig, Königstraße 7.

Zellenauftragwalzen
Bildungsverb. der Deut. Buchdr. Leipzig, Salomonstraße 8.

Bleischnittkästen
Handwerk-Kästen a. Eisenblech, entl. 6 Ctsch, 1 Etahistachwerk, 1 Sauererlineal, 2 Gradierstab, 1 Schließel, 1 Handrad, 1 Zuckel, 1 Schraubstock, 1 Edmigel, 2 Gravirerplatten, Preis a. Liste, m. Nachporto. K. Elegg, München, Columbusstraße 1.

